

Laibacher Zeitung.

Nr. 95.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 50 kr., halbj. 25 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 25. April

Insertionspreis bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 50 kr., 3mal 40 kr.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionspempel 1ct. 50 kr.

1868.

Mit 1. Mai

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerationspreis beträgt für die Zeit vom 1. Mai bis Ende Juni 1868:

Im Comptoir offen	1 fl. 84 kr.
Im Comptoir unter Couvert	2 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt	2 " — "
Mit Post unter Schleifen	2 " 50 "

Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. April d. J. den Dr. Simon Leo Reinisch in Wien zum außerordentlichen Professor für ägyptische Alterthumskunde an der Wiener Universität allergnädigst zu ernennen geruht.

Hasner III. p.

Der Justizminister hat dem Kreisgerichtsrathe in Cattaro Anton Bercic die angesuchte Beförderung in gleicher Eigenschaft zu dem Kreisgerichte in Spalato bewilligt und die dadurch erledigte Kreisgerichtsrathsstelle in Cattaro dem gewesenen Staatsanwalte in Fiume Nikolaus de Gradi verliehen.

Der Justizminister hat den Krakauer Staatsanwaltsadjuncten Mathias Czeszjan zum Staatsanwalt beim Kreisgerichte in Rzeszow ernannt.

Der Justizminister hat den Boczower Staatsanwaltsadjuncten Dr. Joseph Prachtel über sein Ansuchen in seiner jetzigen Eigenschaft zur Staatsanwaltschaft in Lemberg übersetzt.

Der Justizminister hat den Krakauer Landesgerichtsadjuncten Adolf Linerth zum Staatsanwaltsadjuncten in Krakau ernannt.

Der Justizminister hat die Kreisgerichtsadjuncten Cyprian Leszczynski in Tarnopol und Cajetan Kopicz in Sambor zu Staatsanwaltsadjuncten, ersteren für Sambor und letzteren für Boczow ernannt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat die Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Karl Wolfgang Tremmel, d. J. Decan des juridischen Doctorencollegiums, Dr. Joseph Mitscha und Dr. Anton Ungermann zu Prüfungscommissären bei der judiciellen Abtheilung der theoretischen Staatsprüfungskommission in Wien ernannt.

Am 23. April 1868 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das XIII. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 28 die Verordnung des Handelsministeriums vom 14. April 1868 betreffend neue Bestimmungen für inländische Expresbriefe, Aufhebung des Recommandationszwanges und Ermäßigung der Gebühren;

Nr. 29 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 15. April 1868 betreffend mehrere Änderungen in den Aufstellungsorten der Pünzrungskämter und Stätten.

(Wr. Ztg. Nr. 97 vom 23. April.)

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 24. April.

Die Wehrgesetzfrage hat in Wiener Blättern viel Staub aufgewirbelt und ist von der Opposition auch benützt worden, um Gerüchte von Ministerkrisen auszustreuen. So wußte ein Journal von Differenzen mitzutheilen die in Ofen bei Gelegenheit der Beratungen über das Wehrgesetz entstanden sein und sogar den Rücktritt des FML. v. Kuhn als eventuell erscheinen lassen sollten, wogegen der „Debatte“ aus Pest Mittheilungen zugehen, welche den Verlauf jener Beratungen als vollkommen befriedigend darstellen. FML. Kuhn brachte zwei Elaborate nach Ofen, ein Wehrgesetz und ein besondres Organisationsstatut für die Landwehr. Von Seiten des ungarischen Landesvertheidigungsministers wurde ebenfalls ein Entwurf unterbreitet, und bilden nun diese einzelnen Vorschläge das Materiale, aus welchem die, wiederholt durch Beziehung von unabhängigen

Fachmännern verstärkte Ministerconferenz in Ofen das definitive Wehrgesetzorganisationsstatut, die Vorlage an die beiden Legislativen, zusammenzustellen bemüht ist.

Die Arbeiten nehmen, wie gesagt, einen zufriedenstellenden Verlauf und ist nichts bekannt geworden, was das Eingangs erwähnte, den gemeinsamen Kriegsminister betreffende Gerücht berechtigt erscheinen ließe.

Es dürfte vielleicht gerade hier auch am Platze sein, der mannigfachen irrigen Angaben zu gedenken, welche hinsichtlich der zweifachen Cocarden, die in der Armee eingeführt werden sollen, in den Journalen die Runde machten. Wie mitgetheilt wird, ist die Cocarde bei den in Rede stehenden Beratungen noch gar nicht zur Sprache gekommen.

In der Concordatsfrage wurde mehreren Blättern telegraphisch aus Wien gemeldet: „Der Cardinal Staatssecretär Antonelli meldete vertraulich, daß nach der Sachlage auf keinen Fall von neuen Vertragsfestsetzungen (an Stelle des Concordates) sondern höchstens von der Annahme eines modus vivendi die Rede sein könne.“ Informationen der „Deb.“ zufolge erweist sich diese Nachricht als völlig unbegründet. Seit der letzten (eigentlich auch der ersten in der Concordatsangelegenheit) Mittheilung aus Rom, welche in der seinerzeit erwähnten dogmatischen Erörterung resp. Ablehnung des von dem Cultusminister Herrn v. Hasner redigirten Memorandums bestand, ist keine officielle oder vertrauliche Eröffnung der Curie, die schwebende Frage betreffend, hieher gelangt. Rom verhält sich, wie es scheint, abwartend, aber wie man hier weiß, wird, sobald die drei Gesetze über Ehe, Schule und interconcessionelle Beziehungen sanctionirt und veröffentlicht sind, ein weiterer Schritt in Rom geschehen, um daselbst darzutun, daß diese legislative Action unumgänglich nothwendig gewesen. Hiemit soll, wie es heißt, der Unterstaatssecretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherr v. Meysenbug, betraut werden. So sehr diese Nachricht auch dem „Volksfr.“ Mißvergnügen bereiten wird, so ist sie dennoch authentisch.

Rede des Abgeordneten Dr. Coman über die Eisenbahn-Tarife.*

Daß die Eisenbahnen ein außerordentlich wichtiger Factor sind zur Hebung der Industrie und daß hierin eine wichtige Aufgabe der Eisenbahnen besteht, das wird von Niemand verkannt werden. Daß die Eisenbahnen unter allen Umständen zur Hebung der Industrie beitragen sollen, dafür muß vom staatlichen Standpunkte gesorgt werden. Daß aber in Oesterreich die Eisenbahnen nicht in allen Beziehungen diese Aufgabe erfüllen, daß sie in mancher Beziehung nach den leider bisher maßgebenden Verhältnissen die Industrie sogar unterdrücken, das ist wohl erwiesen und dem muß abgeholfen werden.

Wie groß auch die Uebelstände in dieser Beziehung sind, als: ungleichmäßige Tariffätze, das Zonensystem, die Erhebung von besonderen Gebühren und außerdem noch mannigfache Umstände und Maßregeln, die bei den diversen Eisenbahnen vorkommen: ich will nicht von ihnen allen sprechen; ich will auch nicht auf andere im Eisenbahnwesen entwickeltere Staaten hindeuten, wo, wie z. B. in Preußen, das uns immer in jenen Richtungen voraneilt, in denen wir zurückbleiben, durch die Entwicklung des Eisenbahnwesens und entsprechende Tariffätze die Industrie so kräftig gedeiht; ich will nicht im allgemeinen rückfichtlich der mannigfachen, in Oesterreich vorkommenden Uebelstände sprechen. Nur in einer Beziehung, rückfichtlich des Zonentariffsystems und der Erfahrungen, die ich darüber in meinem Vaterlande gemacht habe, will ich einige Bemerkungen vorbringen.

Das Land Krain ist ein Küstenland; es ist am adriatischen Meere gelegen und ist vermöge dieser seiner Lage, vermöge seiner Wasserkräfte und Holzvorräthe entschieden zur Industrie berufen. Es ist aber nicht nur zur Industrie berufen, sondern es ist auf dieselbe angewiesen, weil ihm andere Erwerbszweige, andere Existenzmittel abgehen.

Ein Hauptindustriezweig dieses Landes ist die Mehlerzeugung; das Mehl ist einer seiner vorzüglichsten Exportartikel. Nun gewinnt das Land Krain nicht genug Rohstoff, es erzeugt nicht genug Getreide, um jene Menge Mehl, die es mit seinen Mühlenwerken erzeugen und exportiren kann, zu produciren. Es beziehen daher die in diesem Lande an Tausend zählenden Wasserwerke

ihre Rohstoffe theils aus Ungarn, theils aus Croatien und Slavonien.

Seit einigen Jahren aber herrscht die Besorgniß, und diese steigert sich von Jahr zu Jahr, daß die Mühlenwerke Krains vollständig zum Stillstand gebracht werden, und zwar namentlich durch das Zonentariffsystem, welches die Südbahn aufgestellt hat. Ich will ein Beispiel geben: Von Ofen nach Triest ist der Frachtsatz kleiner als von Ofen nach Laibach; wenn von Ofen nach Laibach Getreide gesendet, abgeladen und weiter nach Triest verladen wird, so zahlt man im Verhältnisse von Ofen nach Triest um 20—30 kr. pr. Centner mehr, als bei directer Versendung. Da ist eine Concurrenz der Mühlenwerke in Krain nicht möglich. Wenn man in Ofen Mehl erzeugen kann, welches, da die Fracht von Ofen nach Triest direct 70—80 kr. beträgt, mit 20—30 kr. wohlfeiler nach Triest versendet wird, so ist es erklärlich, daß der Export des inzwischen liegenden Landes Krain aufhören muß, weil 20—30 kr. bei 1 Centner ein so hoher Betrag sind, daß diese Industrie nicht mehr mit Gewinn betrieben werden kann. Nun ist die Mehlerzeugung, wie schon früher erwähnt, einer der vorzüglichsten Industriezweige dieses Landes.

Wenn aber diese Industrie, die bisher einen so wesentlichen Theil zur Steuerfähigkeit des Landes beigetragen hat, aufhört, dann ist zu besorgen, daß ein so großer Ausfall in den Substanzmitteln des Landes eintreten wird, daß er kaum wird gedeckt werden können.

Auch vom Standpunkte der Regierung ist ins Auge zu fassen, daß nicht gerade jenes Land, welches zur Gründung der Bahn beigetragen hat, durch diese Bahn zu Grunde gerichtet werde. Der Staat hat ein besonderes Interesse dabei.

Die Personen, welche die Verproviantirung der Armee, welche in Italien focht, zu besorgen hatten, könnten erzählen, daß die Mühlenwerke des Landes Krain diejenigen waren, welche stets pünktlich und den meisten Proviant für die Armee geliefert haben. Ja, mir in meiner Stellung als Secretär der Handelskammer in Laibach, ist bekannt, daß benachbarte Staaten — ich weiß nicht aus welchem Grunde — sich genau erkundigten, wie viele Mühlenwerke in Krain bestehen und welche Quantität Mehl und in welcher Zeit und unter welchen Bedingungen dieselbe erzeugt werde.

Es scheint mir denn doch, daß es der österreichischen Regierung von manchem Standpunkte aus von Bedeutung sein sollte, daß diese Mühlenwerke nicht zu Grunde gehen. Wenn nun aber dieser Tariffatz fortbesteht, so ist es ganz natürlich, daß nur an den beiden Endpunkten in Pest-Ofen und Triest oder an der Küste solche Mühlenwerke aufgerichtet werden, daß die Kunstmühlen alle Naturmühlen, welche doch im Grunde auch wohlfeiler erzeugen könnten, zu Grunde richten.

Ich belaste daher in dieser Richtung die Südbahn. Sie sagt: „Ich habe dem weiteren Transporte von Ofen nach Triest eine Begünstigung gegeben.“ Es ist aber entschieden falsch, daß für eine größere Leistung ein geringerer Betrag gefordert werde, als für eine geringere Leistung. Das ist ein volkswirtschaftlicher Satz, der in dieser Richtung sich Bahn brechen muß.

Die Südbahn aber calculirt meines Erachtens nicht ganz richtig, wenn sie glaubt, daß sie dadurch einen größeren Ertrag erzielen kann; sie würde meines Erachtens richtiger calculiren, wenn sie einen Zonentariff nach kürzeren Distanzen aufstellte, zum mindesten damit auch solche Länder, welche mit Mehlerzeugung sich beschäftigen, vom Zonentariffe begünstigt werden. Dadurch würde die Südbahn nicht bloß weitere Frachten nach Triest haben, sondern es würde ihr auch die kleinere Fracht auf einer Distanz, die nur um 19 Meilen kürzer als nach Triest ist, verbleiben. Ein Ausfall ist nicht zu besorgen, weil am großen Weltmarkt eine größere Concurrenz des österreichischen Getreides noch immerhin möglich ist.

Ich glaube daher, daß es im Interesse der Südbahn selbst liegt, in dieser Beziehung Abhilfe zu verschaffen.

Ich erlaube mir, das hohe Ministerium des Handels aufmerksam zu machen, daß mehrere bezügliche Körperschaften in Krain, z. B. die Landwirtschaftsgesellschaft, namentlich aber die Handelskammer selbst seit langem diesbezügliche Bittschriften an die hohe Regierung richteten, daß die hohe Regierung in dieser Beziehung vermitteln möge, und ich glaube, daß die hohe Regierung unter Wahrung der ihr zukommenden Rechte und in Erfüllung der ihr obliegenden Pflichten es thun

* Abgeordnetenhausung vom 20. April d. J.

kann, ohne daß in dieser Beziehung der Südbahn ein Eintrag oder Schaden geschehen würde. Wenn unter solchen Umständen es geschehen kann, daß das Land nicht in der Production gedrückt wird, dann glaube ich ist es angezeigt, daß die hohe Regierung diesem Gegenstande ihre vollste Aufmerksamkeit schenke.

Ich muß dahin aus diesem speciellen Gesichtspunkte schon und im allgemeinen den Anträgen des Ausschusses zustimmen und wiederhole nur die Bitte, daß die hohe Regierung diesen Petitionen ihre wirksame Folge gebe.

94. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 23. April.

Präsident v. Kaiserfeld eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 55 Min.

Präsident v. Kaiserfeld: Es liegt tief begründet in dem dynastischen Gefühle der Völker Oesterreichs, daß sie innigen und lebhaften Antheil an allen Geschicken nehmen, welche den Monarchen und Seine erlauchter Familie betreffen.

Das Ereigniß, welches gestern der Donner der Kanonen angekündigt hat, tritt daher aus dem kleinen und edlen Familienkreise, dessen Glück es erhöht und vermehrt, hinaus und in allen Schichten der Bevölkerung wird diese Freude und dies Glück mit empfunden. Den Antheil, den an dieser Freude und an diesem Glücke das h. Haus nimmt, den bitte ich durch Erhebung von Ihren Sitzen kundzugeben. (Die Versammlung erhebt sich.)

Baron Widmann: Die freudige Kunde, welche gestern dem h. Hause zu Theil wurde, werde den Antrag rechtfertigen, das h. Haus wolle beschließen, durch eine besondere Deputation Sr. Majestät die ergebensten Glückwünsche des h. Hauses darzubringen.

Präsident: Der Antrag ist so selbstverständlich, daß ich denselben als angenommen betrachte (Bravo!) und Se. Durchlaucht den Herrn Ministerpräsidenten bitte, der Deputation eine Audienz erwirken zu wollen.

Se. Durchlaucht Ministerpräsident Fürst Auersperg: Ich werde den Beschluß des h. Hauses im telegraphischen Wege zur Allerhöchsten Kenntniß bringen und die diesfällige Allerhöchste Entschließung dem Herrn Präsidenten mittheilen.

Der Einlauf wird mitgetheilt.

Das Finanzministerium übersendet den Entwurf des Finanzgesetzes für das Jahr 1868, ferner einen Gesetzentwurf betreffend die Gewährung eines Darlehens aus Staatsmitteln in der Höhe von 120.000 Gulden an die „Società dalmatica“ in Spalato. (Werden dem Budgetausschuß überwiesen.)

Abg. Lohninger bringt folgenden bereits unterstügten Antrag ein: „Das h. Haus wolle einen aus dem ganzen Hause zu wählenden Ausschuß von neun Mitgliedern mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes betreffend die Bemessung, Vorschreibung und Einhebung der Einkommen- und Erwerbsteuer von Eisenbahnunternehmungen beauftragen.“

Der Antragsteller erklärt über Befragen des Präsidenten, seinen Antrag in einer der nächsten Sitzungen begründen zu wollen.

Die eingelangten Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Abg. Müller und Genossen interpelliren Se. Excellenz den Herrn Finanzminister. Sie verweisen darauf, daß laut Zeitungsnachrichten, im ungarischen Reichstage ein Branntweinsteuergesetz eingebracht wurde, welches einen geringeren Steuersatz normire als das vom Finanzminister im Reichsrathe eingebrachte. Die Interpellanten fragen:

1. ob diese Zeitungsnachricht wahr sei, und im Falle der Bejahung,

2. wie dies mit dem § 2 des Gesetzes über die gemeinsamen Angelegenheiten vereinbarlich sei?

Se. Excellenz Finanzminister Dr. Brestel erklärt, er habe mit dem ungarischen Finanzminister die Vereinbarung getroffen, das Branntweinsteuergesetz auf gleichen Grundlagen vor den Reichsrath und den Reichstag zu bringen. (Bravo!) Die betreffenden Zeitungsnachrichten seien falsch und beruhen offenbar auf einem Druckfehler. Es sei ihm nämlich eine Zeitung gezeigt worden, in welcher die kleinere, aber unrichtige Ziffer vorkomme, jedoch schon in der folgenden Zeile erscheine die richtige Ziffer. (Bravo!)

Abgeordneter Freiherr v. Rubeck und Genossen richten an das Handelsministerium folgende Interpellation: Es sei ihnen bekannt geworden, daß das Gesetz über die Einführung des metrischen Maß- und Gewichtssystems bereits ausgearbeitet und zur Vorlage bereit sei. Sie fragen deshalb Se. Excellenz den Herrn Handelsminister:

1. ob die h. Regierung geneigt sei, diesen Gesetzentwurf noch in dieser Session dem h. Hause vorzulegen,

2. aus welchem Grunde dies bisher unterblieben sei.

Se. Excellenz Handelsminister v. Plener erklärt, er werde die Interpellation in einer der nächsten Sitzungen beantworten, bemerke jedoch sogleich, daß über diesen Gegenstand im Handelsministerium Verhandlungen

gepflogen werden, welche dem Abschlusse nahe sind. Ueberdies sei in dieser Frage nothwendig, daß eine Uebereinstimmung mit dem ungarischen Ministerium erzielt werde.

Abg. Dr. Ryger und Genossen bringen folgenden Antrag ein:

Das h. Haus wolle beschließen, es sei die Wahl der Mitglieder für die Staatsschuldencontrollcommission auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen. (Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.)

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

(Schluß folgt.)

Die bischöfliche Versammlung in Kremsier.

Bekanntlich fand sofort nach den Osterfeiertagen, in der Zeit vom 14. bis zum 17. d. M., in der fürst-erbischoflichen Sommerresidenz zu Kremsier eine Versammlung mehrerer Kirchenfürsten statt, an welcher Cardinal Schwarzenberg, Landgraf Fürstenberg und der Fürstbischof von Breslau Dr. Förster theilnahmen. Veranlaßt wurde diese Zusammenkunft durch den Umstand, daß die österreichische Regierung gegenwärtig sich mit dem Plane beschäftigt, jede Verbindung mit dem Bisthum Breslau zu lösen, weshalb die Nothwendigkeit eintrat, über die Arrondirung des zur Prager, Olmüzer, Breslauer und Brünnener Diöcese gehörigen Complexes Beratungen zu pflegen, deren Resultat der Regierung zur entsprechenden Würdigung mitgetheilt werden soll. Die Breslauer Diöcese erstreckt sich über einen Theil Oesterreichisch-Schlesiens, wofolbst das Teschner Generalvicariat der Jurisdiction des Fürstbischofs von Breslau untersteht; andererseits übte der Erzbischof von Prag bis zum heutigen Tage über den zur preussischen Grafschaft Glatz gehörigen Kirchen Sprengel das Patronatsrecht aus. Die Versammlung in Kremsier einigte sich, wie der „Tagesb. a. M.“ mittheilt, nun dahin, daß der auf österreichischem Gebiete gelegene Antheil des Bisthums Breslau von diesem ausgeschieden und der Olmüzer Erzdiocese einverleibt werde, welche dadurch eine bedeutende Vergrößerung erfahren würde. Nur bezüglich der Herrschaft Johannsberg in Oesterreichisch-Schlesien, von welcher der Breslauer Fürstbischof die größten Einkünfte zur Erhaltung seines Bisthums bezog, ist man noch nicht schlüssig geworden und wird wegen einer Entschädigung verhandelt werden müssen. Fortan soll also der Erzbischof von Olmütz über das ehemalige Teschner Vicariat die geistliche Jurisdiction ausüben. Dagegen wird der preussische Antheil der Prager Diöcese (die Slager Enklaven) in kirchlicher Beziehung dem Bisthum Breslau zugewiesen werden, ohne jedoch eine Einnahmsquelle desselben zu bilden.

Die Beschlüsse der Kirchenfürsten, welche in diesen Tagen zu Kremsier gefaßt wurden, sollen allerdings den bezüglichen, von der Regierung eingeleiteten Verhandlungen mit dem Berliner Cabinet nicht präjudiciren, sondern als ein Gutachten der bei den Auseinandersetzungen über die Arrondirung der Bisthümer am meisten Betheiligten gelten.

Für die Capitalsteuer.

In der letzten Sitzung des deutschen Fortschrittsvereins in Brünn wurde bei der Besprechung der Regierungsvorlage über die Capitalsteuer von Director Auspitz ein Dringlichkeitsantrag gestellt, nachfolgende Resolutionen zur Kenntniß des Abgeordnetenhauses zu bringen:

1. Der deutsche Fortschrittsverein erkennt, obzwar mit tiefem Bedauern, daß unter den jetzigen Verhältnissen die Einführung einer Capitalsteuer, die durch längstens drei Jahre zu erhalten ist, die einzige Möglichkeit darbietet, um Oesterreich aus der traurigen finanziellen Verwirrung zu retten, in die es durch die früheren Mißregierungen gestürzt wurde;

2. er erklärt ferner, es sei nothwendig, daß die Regierung noch in dieser Reichsrathsession, d. h. noch im Jahre 1868, umfassende Gesetzentwürfe zur Regelung der Einhebung der directen Steuern vor den Reichsrath bringe, damit es durch deren wohlthätige Einwirkung auf die Vermehrung der Einnahmen und eine gleichmäßigere, gerechtere Vertheilung derselben möglich werde, mit Ablauf des dritten Jahres die Capitalsteuer fallen zu lassen;

3. daß Modificationen an dem Finanzplane des Finanzministers wegen Einhebung der Capitalsteuer nothwendig sind, und empfiehlt die im einbegleitenden Motivenberichte angeführten der Beachtung des Abgeordnetenhauses;

4. daß er aus der jetzigen Finanzlage nicht die unumstößliche Nothwendigkeit erkenne, durch einen Staatsbankerott geschlossene Verträge zu brechen, und

5. erklärt er endlich die Zufluchtnahme zu Creditoperationen als ein die Sachlage nur verschlimmerndes und daher verderbliches Auskunftsmittel.

Ueber diesen Antrag wird ein aus sieben Mitgliedern gewähltes Comité in einer außerordentlichen Sitzung, die am 27. April stattfindet, Bericht erstatten.

Pius IX. und Victor Emanuel.

Nachrichten, die der „Corr. Havas“ aus Rom zu gehen, melden, daß dort seit einigen Tagen von brieflichen Beziehungen zwischen Pius IX. und König Victor Emanuel die Rede ist. Freilich gibt der Berichterstatter der „Corr. Havas“ die Gerüchte in dieser Beziehung, die ihm indessen aus guter Quelle zuzukommen scheinen, unter allem Vorbehalt. Der König soll an den Papst ein Schreiben gerichtet haben, um ihm die projectirte Heirat zwischen seinem ältesten Sohne und seiner Cousine, Prinzessin Margaretha von Savoyen, zur Kenntniß zu bringen und gleichzeitig Se. Heiligkeit um den nöthigen Dispens wegen der Verwandtschaft der Verlobten zu ersuchen. Das Schreiben ist vom Papst mit vieler Güte aufgenommen worden. Er hätte, wie es heißt, dem Könige geantwortet, ihm seine große Befriedigung über diesen Heirathplan zu erkennen gegeben und nicht allein sofort freiwillig den Dispens ertheilt, sondern auch noch dem Könige die Abgabe erlassen, welche souveräne Häuser bei solchen Gelegenheiten dem heiligen Stuhle schulden und die sich, heiläufig gesagt, auf die anständige Summe von zwölftausend Scudi beläuft. Der von so vieler Güte gerührte König hätte sodann dem Papste einen zweiten Brief geschrieben und denselben mit einem brillanten Geschenke, einem Ring im Werthe von 15.000 Scudi, begleitet. In diesem zweiten Schreiben soll der König die Hoffnung ausgesprochen haben, daß bald eine Annäherung an den h. Stuhl und ein *modus vivendi* zwischen den beiden Regierungen zu Stande kommen möge.

Die Vorgänge in Bologna,

wo die Ruhe gegenwärtig wieder vollständig hergestellt ist, haben in mehreren der vornehmsten Städte Italiens Verhaftungen zur Folge gehabt. „Man glaubt“, schreibt die „Opinione“, „daß die Verschworenen, von denen die Anstiftungen zur Unordnung ausgegangen sind, ihren Aufenthalt in Florenz genommen haben. Aus den mit Beschlagnahme belegten Papieren geht dem Vernehmen nach hervor, daß es sich hier um ein Gemisch mazzinistischer und reactionärer Umtriebe handelt, wie dies bei allen früheren Attentaten auf die öffentliche Ordnung der Fall war. Demnach ginge aus ihnen nichts wesentlich neues und bekanntes hervor und sie würden nur beweisen, wie sehr begründet die bereits vor vier Monaten gehegten Befürchtungen waren, daß in einigen Hauptstädten Versuche zur Störung der öffentlichen Ordnung eingeleitet würden. Die Untersuchung in dem Proceß, zu dem die Vorgänge von Bologna Anlaß gegeben haben, wird eifrig betrieben.“

Die gewöhnliche Taktik der aus sicherem Versteck hervor zu Unruhen Aufstachelnden wurde übrigens auch noch am 19. d. M. fortgesetzt. Geschriebene Zettel wurden massenhaft verbreitet, in denen unter Androhung von Steinwürfen, Dolchstichen etc. zur Schließung der Kaufläden und zur Revolution für den 20. d. M. aufgefordert und die Weisung zur Abreißung der Eisenbahnschienen gegeben wurde. Die Zettel fanden jedoch angesichts der zur Aufrechthaltung der Ordnung aufgebotenen bedeutenden Militärmacht keine weitere Beachtung, und Kaufläden, Marktplätze und selbst Theater konnten vom Publicum zahlreich besucht werden. In Florenz waren ebenfalls Placate aufrührerischen Inhalts verbreitet worden; sie blieben jedoch ohne jegliche Wirkung. Die in Florenz erscheinende „Gazz. del Popolo“ will wissen, daß die Umsturzpartei daselbst bei Gelegenheit der Vermählung des Kronprinzen mit Ordnungsstörungen hervortreten gedachte. Verhaftungen sind bereits vorgenommen worden und mehrere anrüchige Persönlichkeiten wurden aus der Stadt entfernt, einige sogar internirt.

Oesterreich.

Wien, 22. April. (In der heutigen Sitzung des Clubs der Linken) bildeten die Finanzvorlagen den Gegenstand der Berathung. Sturm beantragt folgende aus vier Punkten bestehende Resolution: 1. Das Deficit des Staates ist durch außerordentliche Mittel zu bedecken. 2. Unannehmbare Mittel sind: die Aufnahme einer bleibenden Anleihe, die Vermehrung der Staatsnoten, eine höhere Belastung der Staatsgläubiger, als durch den Ausgleich mit Ungarn gerechtfertigt sei, eine directe Besteuerung des Tagelohnes. 3. Die Finanzvorlagen sind, vorbehaltlich der Verbesserung, principiell als die Basis zur Herstellung der Ordnung im Staatshaushalte zu erklären. 4. Im Falle der Ablehnung einzelner Gesetzentwürfe seien positive Beschlüsse zur Lösung der Finanzfrage nach obigen Grundsätzen vorzulegen. Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte. Punkt 1 und Punkt 2 a und b werden angenommen. Die Fortsetzung der Berathung folgt in der nächsten Clubszitzung.

— 23. April. (Veränderungen in der Diplomatie.) Die Wiener Blätter melden: Wie wir vernehmen, sind in unserer Diplomatie die folgenden Personalveränderungen eingetreten: der bisherige 1. L. Gesandte in Stockholm Graf Karnicki wurde in gleicher Eigenschaft nach Madrid ernannt und am königlich schwedischen Hofe durch den außerordentlichen Gesandten

und bevollmächtigten Minister Grafen Müllern er-
setzt. — Der k. k. Gesandte Graf Reverera zieht
sich in das Privatleben zurück und wird die Leitung
der k. k. Gesandtschaft in St. Petersburg interimistisch
bis zur baldigen Wiederbesetzung des Gesandtenpostens
durch den k. k. Legationsrath v. Veksera versehen, an
dessen Stelle in Constantinopel Legationsrath v. Hay-
merle tritt. Legationsrath Baron Bruck geht nach
Darmstadt als Geschäftsträger, Graf Hoyos, bisher
in Darmstadt, als Legationsrath zur k. k. Botschaft
nach Paris. Baron Otto Walterskirchen wird Leg-
ationsrath in Florenz; an seine Stelle in Berlin tritt
Baron Joachim Münch, dormalen bei der k. k. Bot-
schaft in London. Legationssecretär Fürst Jsenburg
geht in gleicher Eigenschaft nach Stuttgart und nach
London.

— 23. April. (Wehrgesetz.) Auf Wunsch der
Regierung um Mittheilung der Meinungen über das
neue Wehrgesetz fanden Clubberatungen statt. Der Club
der Liberalen beschloß: Das Princip der allgemeinen
Wehrpflicht sei einer Uebergangsperiode anzunehmen;
die Linienzeit sei auf höchstens drei Jahre festzu-
setzen, sodann beginne der Pindwehrdienst; die Einheit
der Armee sei aufrecht zu erhalten. Der Club der Lin-
ken beschloß: Das Wehrgesetz ist unbeschadet des Recru-
tenbewilligungsrechtes der Volksvertretung auf dem Prin-
ciple der allgemeinen Wehrpflicht zu basiren; die Prä-
senz- und Dienstzeit sei möglichst kurz zu normiren.

West, 23. April. (Ovationen.) Das Ober-
haus entsandete aus Anlaß der Geburt einer Prinzessin
eine aus zwölf Mitgliedern bestehende Glückwunsch-De-
putation. — In Klausenburg findet heute, in
Agram fand gestern eine Illumination statt. Se.
Majestät der Kaiser empfing die croatische Regnicolar-
Deputation.

Szegedin, 20. April. (Erbauliche Geschie-
ten von Asztalos und der Behörde.) Der
„Szeg. Hirado“ hat neulich schon einige sehr bezeich-
nende Einzelheiten zur Charakteristik des Verhaltens un-
serer Stadtbehörde gegenüber der Asztalos'schen Agita-
tion mitgetheilt und fügt denselben nun noch weitere
hinzu, die schon ans Unglaubliche streifen. — Als der
Erlaß des Ministeriums in Angelegenheit der Asztalos-
schen Proclamationen im Gemeinderath zur Verlesung
kam, war die Verlegenheit des vorstehenden Bürgermei-
sters gar groß und er wendete sich daher an den mit-
rathenden Stadtrichter, Herrn Ligeti, als Präsi-
denten des Stadtgerichtes, mit der Frage: was er wohl
zu dem Erlaß meine? Dieser erwiderte nach langer
Pause darauf ganz ernst: daß dieser Erlaß „eigen-
thümlich“ sei. Nachdem der Vorsitzende von diesem
weisen Urtheil noch nicht ganz erleuchtet zu sein schien,
ließ der Herr Stadtrichter dann den Erlaß nochmals
verlesen und erweiterte seinen Meinungsansdruck endlich
dahin, daß der Erlaß: „wahrhaftig in seiner Art sehr
eigenthümlich“ sei. „Und natürlich richtete die löb-
liche Behörde auch nach dieser „eigenthümlichen“ Auf-
fassung des Ministerialerlasses dessen Vollzug sehr —

„eigenthümlich“ ein. — Das citirte Blatt schreibt dar-
über nämlich ferner, wie folgt: „Von den behördlichen
Sicherheitsorganen hat ein einziges, der Rufus'er Com-
missär, einige Energie in der Sache entfaltet. Dieser
arretirte ein gewisses, angeblich nach Debreczin zustän-
diges, aber längere Zeit schon hier sich herumtreibendes
Individuum, Namens Stephan Fülöpp, wegen Ver-
breitung der aufrührerischen Proclamationen von Aszta-
los. Im ersten Verhör steckte er sich hinter den hiesigen
Hauptmann der Extremen, einen gewissen Fodor M.,
von dem er den Verschleiß der Proclamationen mit dem
Bedeuten aufgetragen erhalten haben wollte, daß Stadt-
richter und Stadthauptmann dazu die Erlaubniß ge-
ben hätten. — Fodor wurde hierauf ebenfalls zur Ver-
antwortung gezogen, und gab dieser ohne Rückhalt an,
daß er beim Empfange der berüchtigten Proclamationen
diese, bevor er an deren Verbreitung ging, dem Stadt-
richter vorgelesen und den Bescheid erhalten habe, daß
er (der Stadtrichter) darin „nichts Besonderes“
sehe! — In demselben Sinne äußerte sich auf Be-
frage — der Stadthauptmann, zu dem der Stadt-
richter Fodor gesendet. Der Stadthauptmann meinte
blos: „Man möge nur keinen großen Lärm mit der
Sache machen!“ — Das Verhörprotokoll wurde bereits
dem Ministerium eingeschickt und darf man wohl mit
Recht auf den Verlauf gespannt sein.

Ausland.

Berlin, 22. April. (Sitzung des Reichsta-
ges.) Auf der Tagesordnung steht die Verathung des
Bundesschuldengesetzes. Miquel vertheidigt sein Amendement
betreffend die Verantwortlichkeit der Beamten der
Bundesschuldverwaltung. Graf Bismarck erklärte das-
selbe für unannehmbar; die Annahme des Amendements
werde entweder einen Verfassungskonflikt herbeiführen,
oder die Marineanleihe unmöglich machen. Das Amen-
dement Miquels wird mit 131 gegen 114 Stimmen ge-
nehmigt; Graf Bismarck zieht hierauf das Gesetz im
Namen des Bundespräsidiums zurück.

Turin, 22. April. (Vermählungsfeier.)
Heute fand die Vermählung des Kronprinzen Humbert
mit der Prinzessin Margarethe von Savoyen statt. Die
Stadt ist festlich geschmückt. Der König verlieh bei die-
sem Anlasse dem Erzbischofe von Turin, Monsignor
Sclopis, und den Senatoren d'Ambrois und Casati den
Annunciaden-Orden.

Belgrad, 17. April. (Türkische Rüstun-
gen in Nisch. — Erzherzog Albrecht. —
Der Adriaopeler Landtag.) Aus guter Quelle
scheinen folgende Nachrichten über die Rüstungen zu
stammen, welche die Pforte hart an unserer Grenze vor-
nimmt. Alle Baschibozuks und Redifs, welche einberu-
fen sind, werden gleich an die serbische Grenze abgeschickt.
Nisch ist außer der respectablen Festung noch mit Schan-
zen umgeben worden, die auch bereits armirt sind. Die
Truppenzüge hören seit dem 5. April gar nicht auf,
so daß man die Truppen unter Zelten unterbringen

mußte, da alle Hane mit Soldaten überfüllt sind. Und
dennoch werden gerade dieser Tage noch einige Regimenter
aus Sofia erwartet. Für diese werden Baracken längs
der Straße nach Keskovaz aufgeschlagen. Die sonstigen
festen Plätze in Bulgarien werden ebenfalls aufs neue
befestigt, armirt und mit großen Garnisonen versehen.
Alle diese Maßregeln haben natürlich hier Beforgnisse
hervorgerufen, die auch einen concreten Ausdruck finden
dürften. — Am 22. d. wird der Erzherzog Albrecht in
Semlin erwartet, wo er die Truppen zu inspiciiren beab-
sichtigt. — Der Provinzial-Landtag vom Adriaopeler
Vilozet ist eröffnet worden — um eine parlamentarische
Comödie abzuspielen. Für Parlament sind die orienta-
lischen Völker nicht reif, wohl aber haben sie aus-
geklärte gesegelte Regierungen, und die Osmanen
haben keine Fähigkeit in sich, je eine civilisatorische Re-
gierung zu bilden. Darum reißt die orientalische Frage
zusehends.

Madrid, 23. April. (Marschall Narvaez)
ist heute gestorben. Derselbe erhielt telegraphisch den
Segen des Papstes und einen vollkommnen Ablass.

Washington, 20. April. (Die Repräsen-
tantenkammer) nahm den von Banks beantragten
Gesetzentwurf betreffs Naturalisirung der in Amerika
sich niederlassenden Auswanderer mit 99 gegen 5 Stim-
men an. Das Gesetz erklärt jede Verordnung oder Ent-
scheidung der Beamten der Vereinigten Staaten für
null und nichtig, insofern hiedurch gegen das Expatria-
tionsrecht Bedenken erhoben würden. Alle naturalisirten
amerikanischen Bürger, die sich im Auslande befinden,
haben auf denselben Schutz Anspruch, welcher gegenwär-
tig den eingebornen amerikanischen Bürgern zugestanden
ist. Wenn ein amerikanischer Bürger von einer ausländi-
schen Regierung verhaftet wurde und dessen Freilas-
sung unter dem Vorwande verschoben und verweigert
wird, daß die Naturalisirung die Unterthanentreue ge-
gen den angestammten Regenten nicht aufhebt, so ist der
Präsident ermächtigt, die Verhaftung einiger unter der
Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten stehenden Bürger
eines solchen Staates anzuordnen. — Im weiteren
Verlaufe des Processes gegen den Präsidenten Johnson
verweigerte der Gerichtshof die Vernehmung des Secre-
tars Willis und anderer Personen, welche von der Ver-
theidigung vorgeladen wurden, um zu beweisen, daß das
Cabinet, Stanton mit inbegriffen, Johnson anrieth, ge-
gen die Tenure of Office-Bill sein Veto einzulegen, und
daß das Cabinet sodann in der Meinung einig war,
daß dieses Gesetz auf die Angelegenheit Stantons nicht
anwendbar sei. Die Vertheidigung ist nunmehr ge-
schlossen; das Anklagecomitö wird Mittwoch repli-
ciren.

Tagesneuigkeiten.

(Ehrenbürger.) Die Gemeindevertretung der
Stadt Bilin in Böhmen hat dem Reichskanzler Freiherrn von
Beust, dann den Ministern des Janern und der Justiz,
Dr. R. Bistra und Dr. E. Herbst, das Ehrenbürgerrecht

Feuilleton.

(Was ist „unpolitisch“? — Demokratische Märzluft — Rosen-
büchel und ein anonymes Bierman — Eine nordische Lerche —
Concert Ander — Reminiscenz aus den geologischen Vorträgen.)

Wissen Sie, was „unpolitisch“ ist? Theoretisch
ist die Sache nicht so leicht zu definiren, praktisch begreift
sie sich bald. Gesezt, der Feuilletonist greift einmal zur
Abwehr von drohend geschwungenen Knütteln zu seiner ein-
zigen Waffe und verendet ein, in unverthilgbare Drucker-
schwärze getauchte Pfeile; er plaidirt für mehr Licht und
verlekt dadurch schwache Augen; er bekennt sich als An-
hänger der Menschenrechte und beleidigt dadurch die
Freunde der vorjüdischlichen Wammuthäara, dann ist
er — unpolitisch, und wenn das Feuilleton noch so sehr
politisch wäre. Hiemit glaubt der Feuilletonist ge-
zeigt zu haben, daß man bei aller Politik bisweilen recht
unpolitisch sein könne. Er bescheidet sich aber, daß
eine harmlose Plauderei, wenn sie auch als staatsgefährlich
denuncirt wird, doch ihre Berechtigung in sich selbst
trägt, denn man plaudert ja heutzutage von allem und
noch von etwas mehr, und auch in den stillen Plauder-
winkel des Feuilletons ist der mächtige Wellenschlag der
Zeit gedrungen.

Also plaudern wir wieder einmal, plaudern wir
von ganz ungefährlichen Sachen, vom warmen Hauch
des Lenzes, der die Fesseln der Ströme löst, daß sie
lustig hinausstürmen auf der Bahn der Freiheit, von
den Knospen, die sich dem Lichte öffnen, von den Blü-
ten, die über Nacht der nie ruhende Schöpfertrieb
hervorgefodert hat, von dem Wohlgefühl, das sympathisch
aus der erwachenden Natur in unser Herz herüberströmt
und seine Pulse höher schlagen macht; von dem großen
Drang nach Vorwärts, nach dem Lichte, nach der Frei-
heit — halt, da sind wir schon wieder in die verpönte
Tendenzmacherei gerathen, wir sprechen in leider fast
schon abgebrauchten Gleichnissen von Lösung der Fesseln,
Freiheit, Licht, Fortschritt, und man wittert sogleich die
— Märzluft, obgleich wir eben schon April haben und
einen April mit Mailüften, aber auch mit allen Pau-

nen einer Colette, welche uns eben durch den ewi-
gen Wechsel von Anziehen und Abstoßen magnetisch
fesselt.

Wenn ich meinen lieben Lesern und Leserrinnen ein
Plätzchen empfehlen möchte, wo sich's so recht behaglich
in Frühlingsgedanken träumen läßt, in traulicher Lange-
weile, wie Venau sagt, so wäre es das liebe Rosen-
büchel, eine rechte Frühlingsstation für den hungern-
den und durstenden Spaziergänger in der herrlichen
Umgebung unserer Vaterstadt. Notabene, träumen kön-
nen Sie dort nicht alle Tage, denn es gibt Tage, wo
das stille Rosenbüchel von einer wahren Flut von Stadt-
leuten überströmt wird, die sich leiblich und geistig er-
frischen wollen. Letzten Sonntag z. B. waren es nach
glaubwürdigen statistischen Mittheilungen nahe an 400
Personen, welche die beiden erst vor kurzem ungemein
zierlich hergestellten, nur etwas zu kleinen Glasalons,
und alle andern ländlich einfachen Appartements erfül-
ten, so daß die freundliche Wirthin mit all' ihren nicht
wienerisch eingeschulten dienstbaren Geistern in eine ge-
linde Verzweiflung gerieth. Rosler's Lagerbier, das sich
langsam aber sicher sein Terrain erobert, konnte nicht
schnell genug die fortwährenden Durstdeficits stillen,
und als das edle Maß einige Minuten lang stockte, ver-
wandelte sich die Milch der frommen Denkart bei einem
sonst sicherlich nicht lichtschuen Biermanen in gährend
Drachenblut und er ging unter die edle Zunft der
Anonymen. Wir bedauern sehr, daß der Raum uns
verbietet, das an uns adressirte, nach dem Principe:
se non è vero, è ben trovato — sehr gelungen ge-
fälschte Aetenstück vollinhaltlich zu veröffentlichen. Wir
glauben, die Noth kann doch nicht so arg gewesen
sein, weil dem Anonymus noch so viel Humor übrig
blieb, abgesehen von dem beigefügten Gulden für Druck-
kosten, den wir in Ersparung gebracht haben und daher
wohl ganz im Sinne des Einsenders zu humanen Zwe-
cken verwenden werden, indem wir ihn an den Armen-
fond abführen. Hat man uns ja doch unlängst belehrt,
daß in der Armenfondscasse große Ebbe ist und es
auch hier das Problem zu lösen geben wird, ein Defi-
cit zu decken, ohne die Steuern zu erhöhen.

Bist Du schon je gewandert an einem Maimorgen

über das thauige Feld und hast den unsagbar süßen
und zarten Ton der trillernden Lerche, hoch aus den
blauen Lüften, wie einen Sang vom Himmel mit Ent-
zücken eingefogen? Siehst Du, lieber Leser, dieses Gefühl
empfang der Feuilletonist, als am verfloffenen Donner-
tag die Lerche aus fernem Norden, unter den Händen
des weltberühmten Willmers, in die Lüfte stieg; be-
sonders war es der „Sonntag in Norwegen“ der uns
so recht eine musikalische Zohlle, ein musikalisches Stim-
mungsbild vorzauberte. Auch sein trautes Vöglein ließ
der nordische Wundersmann fliegen, und das — mit
einem Bjöndorfer'schen Flügel, der uns erst recht die
Vervollkommnung des in mancher Beziehung für etwas
spröde geltenden Instruments deutlich machte. Wie flossen
die Töne harmonisch in einander, wie ein Meer des
Wohllauts, andächtig horchte man dem glockenreinen ge-
waltigen Ton, und die mächtige Bewegung, die das
kleine, aber gewählte Auditorium durchzuckte, und der be-
geisterte Beifall, den es dem Künstler zollte, zeigte von
der tiefen Wirkung seines wunderbaren Spieles.

Raum können wir Willmers unser bewegtes
Lebewohl zursen und ihm die verdiente Huldigung dar-
bringen, und wir stehen wieder vor einem musikalischen
Abend, dem Concert Ander, für welches man, bei
den Sympathien des Concertgebers und dem gewählten
Programm, wie nicht minder wegen des Debüts des
Frl. Caroline Ander — unsere Primadonna der Zu-
kunft — sich allgemein interessirt. Der Abend, durch
einen glücklichen Gedanken in's Theater verlegt, wird aller
Erwartung nach sehr animirt und genussreich werden. Wir
werden hier alle unsere gesellschaftlichen Dissonanzen in
Harmonie aufgehen sehen, und es wird uns kaum im
Genusse stören, wenn wir uns erinnern, wie uns gestern
Abend Herr Ritter v. Fritsch in seinem sehr zahl-
reich besuchten und durch die Anwesenheit des Herrn
Landespräsidenten ausgezeichneten dritten geologischen
Vortrage zu beweisen unternahm — daß wir seit so
vielen tausend Jahren es sehr weit gebracht haben, als
wahre Temporkömmlinge der Schöpfung, und daß wir jetzt
die traure Empörung hätten, als Kinder glauben zu
belächeln, was wir einst für unseren festesten Rettungs-
anker in den Stürmen des Lebens hielten! —

